

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.50 M. Einzelnummern 10 Pf. Orotonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reichenburg Zweigt. Wildb. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle & Co. Wildbad. Postfachkonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., außerh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunftsleistung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. Schluss der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. In Kontofällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlassgewähr weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gae in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 14

Februar 179

Wildbad, Montag, den 19. Januar 1925

Februar 179

60. Jahrgang

Polnische Gewaltdrohungen

Der polnische Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten der Republik hat sich dieser Tage mit dem durch polnische Annäherung und Rechtsverletzung vom Jaun gebrochenen Danziger Poststreit befaßt und darüber an die Presse eine Mitteilung hinausgegeben, in der es heißt:

Polen will sich so lange wie möglich jeglichen bewaffneten Vorgehens enthalten und außerordentliche Mittel nur dann gebrauchen, wenn auch nur ein Tropfen polnischen Bluts in diesem Streit fließt. Gegenwärtig steht jedoch der polnischen Regierung noch eine ganze Reihe höchst empfindlicher Strafmaßnahmen zur Verfügung. Es ist trotzdem höchste Zeit, daran zu erinnern, daß die bisherigen Verträge und Abkommen den polnischen Besitzstand in Danzig Schritt für Schritt schmälerten. Polen entfernt sich immer weiter vom Meer, wohingegen Danzig aus der Verknüpfung mit Polen wiederum große Vorteile zieht. Es ist unbedingt notwendig, das ganze gegenseitige Verhältnis einer sorgfältigen Durchsicht zu unterziehen.

In dem Danziger Postkonflikt scheint Polek es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen, nicht etwa mit dem kleinen hilflosen Freistaat Danzig, sondern mit dem großen weltumfassenden Völkerbunde, unter dessen Schutz Danzig steht, dessen Kommissar ständig in Danzig seinen Sitz hat und der in allen Streitfragen zwischen Danzig und Polen die schiedsrichterliche Entscheidung in den Händen hat. Da Polen sich einmal auf den Gewaltstandpunkt stellen will, ist es selbstverständlich, daß es dafür auch rechtliche Scheingründe sucht; das hat es ja als gelehriger Schüler der Verbündeten gelernt, gewalttätiges Vorgehen mit einem Rechtsmäntelchen schmückt zu umkleiden. Diese Scheingründe entnimmt Polen dem Versailler Friedensvertrag und übergeht dabei vollständig, daß in der Postfrage bereits rechtsgültige Verhältnisse völlig klar und einwandfrei geschaffen worden sind. Polnische Minister versteigen sich zu Kundgebungen schärfster Enttäuschung über die angeblich unwürdigen Zumutungen, die man dem polnischen „Protektor“ Danzigs stellt. Das dreißig Millionen Einwohner umfassende große polnische Reich erwägt bereits wirtschaftliche und militärische Druckmaßnahmen gegen den kleinen Danziger Staat mit seinen rund 350 000 Einwohnern. Das ganze Vorgehen Polens läuft im Endpunkt auf einen glatten Raub Danzigs hinaus, für den man künstlich einen Ausgangsstreitfall herausbeschworen hat, bei dessen Weiterverfolgung man immer schärfere Gegenstände zu entwickeln versucht.

Der polnische Uebermut hat leider bisher niemals einen Dämpfer erfahren. Er ist im Gegenteil von den Verbündeten, und insbesondere von Frankreich immer nur ermutigt worden; das uns so entrissene Oberschlesien bleibt eine immer offene Wunde am Körper Deutschlands. Der Völkerbund hat die räuberische Angliederung Wilnas an Polen gutgeheißen, ein Akt, gegen den Litauen heute noch protestiert. Andererseits hat Litauen selbst den Polen ein Beispiel gegeben in seiner Ueberrumpelung Memels, die ebenfalls vom Völkerbund mit nur kleinen Vorbehalten genehmigt worden ist.

Wir machen schon heute auf diese klare Entwicklungslinie des Danziger Streits aufmerksam, denn das deutsche Interesse ist in diesem Fall ganz bedeutend beteiligt und Deutschland könnte eine Beeinträchtigung der heutzutage völkerrechtlichen Stellung des Freistaats Danzig durch Polen keinesfalls tatenlos hinnehmen. Aufgabe der deutschen Diplomatie ist es, die Gefahren, die an diesem Punkt sich zu entwickeln drohen, aufmerksam zu verfolgen und an den entsprechenden Stellen mit allem erdenklichen Nachdruck zur Sprache zu bringen. Das sind wir nicht nur unseren eigenen Interessen schuldig, sondern auch unseren deutschen Brüdern in Danzig, mit deren Abtrennung durch den Versailler Friedensvertrag auch gewisse Sicherheiten für ihre Unabhängigkeit verknüpft sind.

Der diplomatische Berichtersteller des „Daily Telegraph“ schreibt zur Danziger Briefkastenangelegenheit, die Auslegung dieser Frage werde wahrscheinlich an den internationalen Gerichtshof in Haag verwiesen werden müssen.

Wieviel kostet der Reichstag?

Nach dem Reichshaushaltsplan für 1925 belaufen sich die Gesamtkosten des Reichstags im ordentlichen Haushalt auf 5 675 630 Mark, denen eine Einnahme von 15 000 Mark gegenübersteht. Neben den Besoldungsausgaben für die beim Reichstag angestellten Beamten, Arbeiter und Hilfskräfte von rund einer Million sind für die Herstellung von Reichstagsdrucksachen sowie für die Beschaffung von Zeitungen und Druckschriften 180 000 Mark im Plane ausgeworfen. Da die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Reichstags monatlich 562 Mark betragen, so sind insgesamt rund 3,2 Millionen Mark dafür erforderlich. Dazu kommen Tagegelder für Ausschüsse von rund 16 000 Mark. In der Annahme, daß jedes Mitglied des

Tagespiegel

Die Festsetzung der Regierungserklärung soll erst erfolgen, wenn die noch fehlenden Minister Gelegenheit haben, dazu mitzuwirken. Die Erklärung wird betonen, daß die durch das Londoner Abkommen bestimmte Außenpolitik beibehalten werde. Auch die Aufwertung wird einbezogen, doch möchte der Reichkanzler Dr. Luther seinen bisherigen — einschneidenden — Standpunkt als Finanzminister nicht verlegen lassen.

Amtlich wird in Washington erklärt, Coolidge werde die Abrüstungskonferenz des Völkerbunds abwarten, ehe er eine solche nach Washington einberufe. Die gegenwärtige Lage in Europa zwingt zur Vorsicht. Coolidge soll beabsichtigen, eine Wirtschaftskonferenz nach Washington einzuladen.

Reichstags im Durchschnitt jährlich 24 000 Kilometer auf den Reichseisenbahnen zurücklegt, berechnet sich die zu leistende Entschädigung für jeden Reichstagsabgeordneten auf rund 2300 Mark jährlich, also insgesamt auf rund 1,1 Millionen Mark. Da Abgeordnete, deren Wohnort mehr als 450 Kilometer von Berlin entfernt liegt, die Ausgaben für Benutzung von Schlafwagen nach bestimmten Grundätzen teilweise erstattet werden und dafür etwa 160 Abgeordnete in Betracht kommen, ist ein weiterer Beitrag von 20 000 M. hierfür in den Plan eingesetzt worden.

Neue Nachrichten

Die Verschiebung der Regierungserklärung.

Berlin, 18. Jan. Die Befehung der noch offenen drei Ministerposten für Verkehr, Justiz und für die besetzten Gebiete hat sich als schwieriger erwiesen, als erwartet worden war. Oberlandesgerichtspräsident Schumacher hat das Justizministerium abgelehnt. Die Verwaltung des Verkehrsministeriums durch einen Staatssekretär erscheint aber unzulässig, weil dem Ministerium außer den Wasserstraßenangelegenheiten und dem Flugwesen die Beaufsichtigung der Reichsbahngesellschaft und die Fürsorge für die Beamten der Reichsbahn obliegt, und diese wichtige Angelegenheit kann nur durch einen Minister wahrgenommen werden.

Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Frenken-Köln, der der Zentrumspartei angehört, hat das Reichsjustizministerium angenommen, mit dem das Ministerium für die besetzten Gebiete verbunden wird.

Die Mehrheit der demokratischen Fraktion wird dem neuen Kabinett gegenüber zunächst eine abwartende Haltung einnehmen. Die nationalsozialistische Fraktion hat beschlossen, das Kabinett Luther nach Möglichkeit in den nationalen Fragen zu unterstützen, hinsichtlich der Billigungsformel sich aber der Abstimmung zu enthalten.

Dr. Luther und die Presse

Reichkanzler Dr. Luther empfing die Vertreter der deutschen Presse und erklärte, er lege das größte Gewicht auf eine Zusammenarbeit mit der Presse. An den Gerüchten über große innere Meinungsverschiedenheiten innerhalb des neuen Kabinetts sei kein wahres Wort. Er bitte die Presse, allen unbegründeten Krisengerüchten kein Ohr zu leihen.

Vom Reichstag

Berlin, 18. Jan. Nachdem in der letzten Sitzung Präsident Lobe mitgeteilt hatte, daß die Regierungserklärung auf Montag habe verschoben werden müssen, wünschten die Nationalsozialisten, es solle überhaupt keine neue Regierung gebildet, sondern der Reichstag aufgelöst und eine Neuwahl für eine Nationalversammlung ausgeschrieben werden. Diese Nationalversammlung solle in erster Linie eine neue Verfassung beschließen, da sich die von Weimar als gänzlich ungeeignet und für das deutsche Volk schädlich erwiesen habe. Die Kommunisten beantragten, auch ohne Regierung in die politische Aussprache einzutreten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationalsozialisten abgelehnt und der Reichstag auf Montag abend 6 Uhr vertagt.

Die Zentrumsfraktion wählte zum Vorsitzenden den Abg. Fehrenbach wieder; in den Vorstand wurde der linksstehende Abg. Soos zugewählt.

Die demokratische Fraktion hat gegen die „Erinnerungen“, das letzte Buch des Großadmirals von Tirpitz, eine Anfrage eingebracht, welche Maßnahmen die Reichsregierung gegen die Veröffentlichung amtlicher Schriften durch ehemalige Reichsbeamte und Offiziere zu ergreifen gedenke.

Der Barmat-Scandal

Berlin, 18. Jan. Die Staatsanwaltschaft hat in der Untersuchung gegen die Barmats wieder zwei Verhaftungen vorgenommen und weitere sollen bevorstehen. Die Bücher der Preussischen Staatsbank werden durch Sachverständige

geprüft. Der frühere Reichspostminister wurde gestern mehrere Stunden als Zeuge vernommen. Die Vernehmung soll keinen Beweis ergeben haben, daß Höfle aus den Beziehungen zu den Barmat persönlichen Vorteil gezogen habe.

Ein Zeuge, Beamter der Reichsbank, bekundete, Barmat und Kutischer hätten nach den Grundrissen realer Banken niemals einen Pfennig Kredit erhalten dürfen. Bereits ihre ersten „Sicherheiten“ seien fast wertlos gewesen. Für Mittwoch ist der frühere Reichskanzler Bauer als Zeuge geladen.

Die Verteidigung Barmats erklärt, Barmat sei im Besitz eines Bildes des Reichspräsidenten, das ihm dieser bei einer Abendgesellschaft, selbst gegeben habe, nachdem Herr Ebert rügend „Fritz Ebert“ darauf geschrieben habe.

München, 18. Jan. Der Landtag hat mit Stimmenmehrheit einen völkischen Antrag, der den Schutz der deutschen Wirtschaft vor jüdischer Ausbeutung fordert, abgelehnt, nachdem der Redner der Bayerischen Volkspartei Dr. Horlacher u. a. ausgeführt hatte, dieser Antrag verstoße gegen die Grundsätze der Versammlung und gehöre deshalb in den Reichstag.

Ueberfall auf einen Abgeordneten

Weimar, 18. Jan. Vor dem Sitzungssaal des thüringischen Landtags wurde der deutsche nationale Abgeordnete Otto Großbarz von drei kommunistischen Abgeordneten überfallen und so schwer mißhandelt, daß er mit einer blutenden Kopfwunde davon blieb. Die Sitzung des Landtags wurde sofort abgebrochen.

Der kommunistische Abgeordnete Fischer wurde wegen des Ueberfalls auf 10 Tage von den Landtagsverhandlungen ausgeschlossen.

Aus dem Parteileben

Münster i. W., 18. Jan. Der landwirtschaftliche Beirat der westfälischen Zentrumspartei fordert in einer Entschließung die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung in Preußen. Die jetzige Regierung (Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten) sei eine verfehlerte Weimarer Koalition, zu der die Landwirtschaft kein Vertrauen habe.

Vom Haager Schiedsgerichtshof

Haag, 18. Jan. Der Weltschiedsgerichtshof nahm die Beschwerde der griechischen Regierung gegen die von der Türkei beabsichtigte Ausweisung von weiteren 1000 Griechen aus Konstantinopel, die einen lästigen Bestandteil der Bevölkerung bilden, in Behandlung. Das Gericht soll entscheiden, was unter dem Eindruck „niedergelassene Bevölkerung“ zu verstehen sei, den die Türken weiter auszuweisen, als die Griechen zugeben wollen.

Unterbrechung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Paris, 18. Jan. Die französische Vertretung in den Handelsvertragsverhandlungen hat den deutschen Gegenanschlag rundweg abgelehnt, der sich dem zweiten französischen Vorschlag zu nähern versuchte. Frankreich könne die gegenseitige Meistbegünstigung; wie sie das Protokoll vom 10. Dezember vorgelesen habe, in weiterem Umfang nicht zubilligen, sondern müsse eine unterschiedliche Vollbehandlung auch solcher deutschen Waren verlangen, die für die deutsche Ausfuhrwirtschaft wesentlich seien. Die völlig veränderte Sachlage bestimmte Dr. Trendelenburg, die Verhandlungen abzubrechen und Weisungen von der neuen Reichsregierung einzuholen.

Zollkrieg?

Die französischen Vertreter verlangten erneut die zollfreie Bezugsbehandlung für Elsass-Lothringen, die aber von deutscher Seite abgelehnt wurde mit dem Hinweis, England stehe mit Deutschland im Verhältnis der Meistbegünstigung und es würde dann auch für gewisse englische Waren Zollfreiheit beanspruchen oder wegen Verletzung der Meistbegünstigung verstimmt sein. Wenn es Frankreich gelinge, die englischen Bedenken zu zerstreuen, würde von Deutschland kein Einwand mehr erhoben werden. Trendelenburg erklärte, auf eine Dauer von nur 8 bis 10 Monaten für den Zwischenzustand könne Deutschland nicht eingehen. Die französischen Unterhändler setzten eine Art Ultimatum auf, es ist aber kaum anzunehmen, daß die neue Reichsregierung diese letzten Bedingungen annehmen wird.

Poincaré über angebliche Kriegsabsichten Spaniens

Paris, 18. Jan. Poincaré, gegen den jetzt, besonders von dem Schriftsteller Judet, die schwersten Beschuldigungen geschleudert werden, daß er im Verein mit dem russischen Botschafter Iswolsti den Weltkrieg verbrecherisch entfesselt habe, benützt ein argentinisches Blatt, die „Racion“, in Buenos Aires, nun gegen ein Buch des spanischen Schriftstellers Ibanez, der in Paris wegen Majestätsbeleidigung in Anklagestand verlegt worden ist, Stellung zu nehmen. Poincaré schreibt, es sei falsch, dem spanischen König Alfons XIII. Fran-

In meinem

Inventur-Ausverkauf

vom 20. Januar bis einschließlich 2. Februar 1925

finden Sie nur meine bekannten guten Qualitätswaren zu Preisen, welche konkurrenzlos billig und teilweise unter die Hälfte der bisherigen Preise herabgesetzt sind. Besonders weise ich hin auf einen Lagerposten Küblers gestrickte Knabenanzüge, Sweaters u. Sweateranzüge, gestrickte Westen, Mädchen-Mäntel und Garnituren, Kleidchen, reinwollene Kleiderstoffe in schwarz, blau usw. von Mk. 2.30 an. Wollene Mantel- und Anzugstoffe von Mk. 4.30 an.

Samtkord, Hosenzeuge, Windjacken, blaue Arbeitsanzüge.

Prima Schürzenzeuge, echtfarbig, 116 cm breit zu Mk. 1.50, extraprima zu Mk. 1.80,
Prima Steppkleiderzeuge, echtfarbig, 90 cm breit, zu Mk. 1.30,
Prima gezwirnte Kleiderzeuge, echtfarbig, 90 cm breit, zu Mk. 1.80,
Prima Bettzeuge, echtfarbig, 82 cm breit, zu Mk. 1.25, 125/6 cm breit, zu Mk. 1.70.
Allerschwerste Hemdenflanelle, karriert, 80 cm breit, zu Mk. 1.50,
gestreift zu Mk. 1.45 bis herab zu Mk. —.75 in 70 cm breit.
Gute Hemdentücher, gebleicht, 80/4 cm breit, von Mk. —.85 an,
Gute Körperflanelle, gebleicht, 80 cm breit, von Mk. 1.— an,
Prima Damaste, gebt., gestreift, 130 cm breit, v. Mk. 2.20 an, gebt. v. Mk. 2.40 an.

Einen großen Posten Reste der von mir geführten Artikel zu besonders weit herabgesetzten Preisen!

Verkauf nur gegen bar!

Umtausch findet nicht statt!

Gustav Bucherer, Altensteig

Geogr. 1845!

Achtung!

Interessenten, welche sich bis 20. ds. Mts. in das

Wach- und Schliess-Institut

anmelden, haben die Bewachung gratis bis 1. Februar. — Möge es uns vergönnt sein, durch Beitritt weiterer Interessenten das Sicherheitsnetz noch enger und die Bewachung noch intensiver zu gestalten, um die Aufgaben eines gemeinnützigen Wohlfahrtsinstituts möglichst vollkommen erfüllen zu können.

Wildbader Wach- u. Schliess-Institut.

Anmeldungen werden entgegengenommen im Verkehrsbüro, König-Karlstr. 187. Tel. 97.

Für Stotternde!

Ist das Stottern eine Krankheit? Nein! Ist das Stotterlidel zu beseitigen? Ja, in allen Fällen und jedem Alter, ohne Berufshilfe. Mit Hilfe meines geschl. geschl. Verfahrens (D.R.P. 251 597). Kein Kursus, Anstaltsbesuch, Hypnose oder Suggestion. Garantie wird in jeder Weise gewährleistet. Mein Verfahren gelangte 1923 ca. 2000 mal zur Anwendung mit guten Erfolgen. Tausende ehemaliger Stotterer, die sich nach meiner Methode vom Stotterlidel befreit haben und jetzt glückliche und wie von neuem geborene Menschen sind, haben dies durch Dankbriefe bekundet. Eine Anzahl dieser Original-Dankbriefe liegen in den Sprechstunden zur gest. Einsicht aus. Ich werde nun am Freitag, den 23. Januar 10—1 in Wildbad im „Bahnhofs-Hotel“ und von 2—7 Uhr in Reutenbürg im Gasthof zum „Bären-Post“ Sprechstunden abhalten. Ich erlaube alle Stotterleidenden, sich mit vollem Vertrauen in meinen Sprechstunden einzufinden, wo dieselben kostenfreie Anlaufzeit erhalten, wie sie sich in kurzer Frist von dem lästigen Uebel befreien können. Bei Kindern kann das Uebel mit Hilfe der Eltern oder erwachsener Geschwister beseitigt werden. (Es ist nicht erforderlich, daß kleinere Kinder in die Sprechstunden mitgebracht werden.)

Da ich auf dem Gebiete des Stotterleidens an Tausenden die wertvollsten Erfahrungen in langjähriger Tätigkeit gesammelt habe, bin ich in der Lage, über eine völlig einwandfreie radikal wirkende Selbstbefreiungsmethode zu verfügen.

Veräume es kein am Stotterlidel Leidender oder Eltern stotternder Kinder, sich in meinen Sprechstunden einzufinden, zumal die Auskunft kostenlos ist und niemand sich zu etwas verpflichten braucht. Auch bitte ich alle Interessenten, welche anderweitig Kurse mitgemacht oder Apparate bezogen, ohne einen Erfolg erzielt zu haben, meine Sprechstunden nicht zu veräumen.

Internationales Sprach-Institut S. Steinmeier, Hagenburg.

Rauhe Luft bringt eine rauhe Haut.

Gute Mittel dagegen sind: Glycerin, Goldcrème, Daovers-Crème, Monson-Crème, Khasana-Crème, Lanolin-Crème, A. & W. Schmit, Medicinal-Drogerie,

In Abt. Kappelberg und Eichwäldle kann

Suchholz

geholt werden.

Wildbad, 19. Jan 1925.
Stadt. Forstamt.

Krieger- u. Militärverein Wildbad.

Montag abend 8 Uhr
Festauschuss-Sitzung
im Café Lindenberger.
Der Vorstand.

Ev. Kirchenchor.

Montag abend 8 Uhr
Singstunde
im Lokal. Der Dirigent.

Die Badverwaltung hat etwa 40 Str.

Heu und Dehid

zu verkaufen.
Schriftl. Angebote wollen bis spätestens 24. Januar ds. Js. bei dieser eingereicht werden.

Ein gut empfohlenes, in Küche und Haushalt erfahrenes

Mädchen

findet angenehme Stellung bei hohem Lohn.
Frau Margarethe Mittelbach
Stuttgart, Bernhaldenstr. 15
Fernsprecher 71194.

Büro-Volontärin

gesucht.
Bedingung: Kurzschrift u. Schreibmaschinen kundig.
Offerten unter U 214 an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.

Guterhaltene Nähmaschine

verkauft
Ziefle, Bäckermstr.

Italienische Rahmkäse

sowie
frische Butter
eingetroffen.
R. Bender & Söhne.

Bekanntmachung.

Bestellungen auf

Stangen

von hiesigen Bürgern für eigenen Bedarf sind am 21. u. 22. Januar 1925 bei der unterzeichneten Stelle anzumelden.

Wildbad, den 16. Januar 1925.

Stadt. Forstamt.



Heute abend 8 Uhr
„Kühler Brunnen“.
Gäste willkommen.

Krieger- und Militärverein Wildbad.

Am Samstag, den 24. d. M., abds. 7 Uhr, in der städt. Turn- u. Festhalle unter gütiger Mitwirkung von Mitgliedern des Niederkranzes, Turn- und Musikvereins

Familien-Abend mit Gabenverlosung.

wozu die Ehrenmitglieder und Kameraden nebst Familienangehörigen freundlich eingeladen sind.

Sämtliche Mitglieder erhalten Karten. Ohne Karten hat niemand Zutritt. Kinder unter 14 Jahren werden am Saaleingang zurückgewiesen.

Der Festauschuss.

Freiwillige Gaben nehmen entgegen: Wihl. Schill, Schriftführer; die Kameraden Lindberger und C. Baur z. Ochsen, sowie der Vereinsdiener Fritz Schmid.

Saalöffnung 6 Uhr. Belegen von Plätzen vorbehalten. Vereinsabzeichen sind anzulegen.

Linden-Lichtspiele.

Infolge besonderer Umstände mußten die Vorstellungen am Sonntag und heute ausfallen. Als Ersatz hiefür wird der Film „Nibelungen“ in aller Bälde zur Vorführung gelangen.

Bereits gelöste Karten behalten ihre Gültigkeit. Näheres in der Buchhandlung Paucke.



Turn-Verein Wildbad.

Am Sonntag, den 25. Januar 1925, nachmittags 2 Uhr findet im Hotel Ochsen die

Haupt-Versammlung

statt. Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Bericht des Turnwarts.
4. Neuwahlen.
5. Verschiedenes.

Anträge zur Haupt-Versammlung sind bis Freitag, den 23. Januar beim Vorstand schriftlich abzugeben.
Der Turnrat.

Möbel

in großer Auswahl für jeden Stand liefert unter günstigen Zahlungs-Bedingungen und billigsten Preisen

Möbelhaus Central
Pforzheim, Dillsteinerstraße 3 a
(Palast-Kaffee)

